Jb. nass. Ver. Naturk.	**106**	S. 32–57	Wiesbaden 1983

Nassau und seine Landwirtschaft

Von GEORG WAGNER, Wiebaden*

Vorbemerkungen

In diesem Beitrag zur nassauischen Landwirtschaft wird von dem Nassau des Jahres 1816 ausgegangen. Das Herzogtum Nassau hat in den damals gezogenen Grenzen lediglich 50 Jahre bestanden und es sind nur wenige Institutionen, die sich noch auf das alte Staatsgebiet beziehen, wie z. B. die Nassauische Sparkasse oder Vereine wie der Verein für Naturkunde und der Verein für nassauische Altertumskunde. Aber auch die Kirchen haben in weitgehendem Maße diese Grenzen respektiert.

Glücklicherweise sind auch noch statistische Unterlagen aus dem alten Nassau vorhanden. So hat man ab 1818 bzw. 1823 wertvolles Zahlenmaterial zusammengetragen. Die Ämterbeschreibungen, die Prof. Wilhelm Albrecht veranlaßt hat, sind sehr wertvoll, leider aber nicht vollständig für das Herzogtum Nassau erarbeitet worden. Die Gebietsänderungen nach 1866, als Nassau in einen preußischen Regierungsbezirk Wiesbaden eingegliedert wurde, erschweren die Übertragung der statistischen Ergebnisse, zumal Grenzänderungen vor allen Dingen im Osten des ehemaligen Herzogtums stattgefunden haben. Die „Provinz Nassau" hat nur eine vorübergehende Bedeutung gehabt (1944–1945), und nach 1945 wurde das nassauische Gebiet – wie Ihnen bekannt ist – auf die beiden Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen aufgeteilt. Es ist daher zu fragen, ob noch nach fast 40 Jahren ein Einheitsbewußtsein vorhanden ist. Das ist zu bejahen, vor allem für die Bevölkerung im Taunus und Westerwald, deren Bewohner sich auch heute noch in erster Linie als Nassauer fühlen. Anders ist es in den Ballungsgebieten und dem Rheingau.

Das Herzogtum Nassau war im Jahre 1816 flächenmäßig ein geschlossenes Gebilde. Es fehlte jedoch der eigentliche Mittelpunkt, denn die Landeshauptstadt Wiesbaden lag am Rande des Staatswesens und war verkehrsmäßig schlecht zu erreichen. Hinzu kam, daß auch sehr viele Straßen auf andere

* GEORG WAGNER, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung, Herrngartenstr. 1–5, 6200 Wiesbaden

Zentren, die außerhalb Nassau lagen, orientiert waren, wie z. B. nach Koblenz, Gießen und Frankfurt/M.

Um die damaligen Verhältnisse in Nassau zu charakterisieren, sei ein unverdächtiger Zeuge zitiert. Herr von Diest war der 1. preußische Regierungspräsident in Wiesbaden nach 1866 und schreibt folgendes in seinen Lebenserinnerungen:

„Mehrere Minister und eine übergroße Zahl von Ministerialräten besuchten mich in Wiesbaden, und fast alle kamen mit der vorgefaßten Meinung dorthin, daß Nassau ein wahres Paradies von Fruchtbarkeit und Wohlhabenheit sei. Auch der damalige Handelsminister Graf Itzenplitz, mein alter Gönner, verfocht mit aller Energie diese Meinung. Ich bat ihn, mit mir einen Ausflug nach Schwalbach zu machen und einen Spaten mitnehmen zu dürfen, damit er selbst durch Einsetzen des Spatens sich überzeugen möge, wie wenig tief die Ackerkrume über dem felsigen kiesigen oder lettigen Untergrunde sich befinde. Völlig erstaunt war der Minister, als er überall bei den verschiedensten Löchern, die wir machten, nur eine Ackerkrume von höchstens einem Fuß, meistens nur von einigen Zoll Mächtigkeit fand. Die Herren vom grünen Tisch hatten ebenso wie alle anderen, die durch Nassau gereist, nur das Rheintal mit seinen Weinbergen, das fruchtbare Lahntal und höchstens einige Nebentäler zu sehen bekommen und waren, dadurch getäuscht, in den obigen Irrtum verfallen.

Weitaus der größte Teil des Herzogtums hat wenig fruchtbaren Boden, fast zwei Drittel seiner Bevölkerung leben in mehr oder weniger ärmlichen Verhältnissen, und der kleinbäuerliche Grundbesitzer muß sich seinen Unterhalt durch Nebenverdienst, namentlich durch Fuhren in den Eisenstein- und sonstigen Bergwerken, verdienen. Der nördliche Teil des Herzogtums, und namentlich der Westerwald, gehört zu den ärmsten Gegenden Deutschlands; in den Gebirgsdörfern auf den Talhöhen der Lahn und des Rheins ist ebenfalls viel Armut anzutreffen, ja selbst im Rheingau herrscht neben viel Wohlstand auch viel bittere Armut."

Geologie und Klima

Landwirtschaft ist in unseren Breiten weitgehend von den natürlichen Bedingungen abhängig. Bezüglich der geologischen Verhältnisse sind es vor allem die Gesteine des Devons im Rheinischen Schiefergebirge, zu dem auch Westerwald und Taunus gehören, und der Basalt des Westerwaldes, die landschaftsprägend und bodenbildend sind. Lößauflagerungen führen zu erheblichen Qualitätssteigerungen der Böden in den Becken- und Randlandschaften. Das Klima des rauhen Westerwaldes und des Rheingaues unter-

scheiden sich ganz erheblich, so daß die Palette der anzubauenden Früchte innerhalb Nassaus sehr groß ist. Unterschiedliche Niederschläge und Bodenverhältnisse lassen keine eindeutige Aussage bezüglich der optimalen Betriebsorganisation zu. Futterbau ist z. B. in den Höhenlagen bei zu niedrigen Niederschlägen immer problematisch gewesen und es war daher berechtigt, wenn viele Betriebe mit der Umstellung auf reine Rindviehhaltung gezögert haben. Doch macht sich im Taunus schon der Einfluß der Oberrheinischen Tiefebene bemerkbar. In gleicher Höhenlage können andere Früchte angebaut und andere Erträge erwartet werden als im Westerwald.

Die beiden wichtigsten Höhengebiete innerhalb Nassaus, Westerwald und Taunus, sind daher ganz unterschiedlich zu beurteilen. Dabei hatte der Westerwald schon immer den schlechtesten Ruf. Im 17. Jahrhundert wurden noch Lobsprüche auf den Westerwald ausgebracht, doch später sprach man bald ganz anders über ihn: „Der Westerwald ist ein hohes Gebirge, worauf man nichts anderes als Himmel, Pfützen und große Steine sieht", und Wilhelm Heinrich Riehl sprach vom Westerwald als einem Land der armen Leute. Er stand auch immer am Rande der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein großes Problem war in früheren Zeiten der Wind, der durch starke Entwaldung seine volle Wirkung entfalten konnte und eine wesentliche Klimaverschlechterung zur Folge hatte. Der Waldrodung und die Umwandlung in Acker- und Grünland war eine Folge der starken Bevölkerungsentwicklung im 18. Jahrhundert.

Der Taunus präsentiert sich als eine große Plateaumulde. Während im Westerwald die Basaltdecke im wesentlichen bodenbildend wirksam wurde, war es im Taunus das Unterdevon mit seinem Schiefer und der Taunusquarzit, der den Südraum des Gebirges bildet. Die Böden sind meist kalkarm und nur in den Beckenlandschaften tiefgründig. Während im Westerwald die Niederschläge für eine Grünlandwirtschaft ausreichen (über 1000 mm), sind 600–700 mm Regen im Taunus dafür nicht genügend. Der Taunus ist ein relativ trockenes Gebirge und hat auch bezüglich der Wasserversorgung für die Bevölkerung schon in früheren Jahrhunderten Probleme geschaffen. Die Niederschläge fallen zum überwiegenden Teil im Sommer. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß auch dieser Teil Nassaus ein ziemlich armes Land war. Besser waren die Verhältnisse lediglich in den Rand- und Beckenlandschaften.

Naturräumliche Gliederung

Die richtungsweisende Arbeit von Paul Meimberg über die Landbaugebiete Hessens aus dem Jahre 1951 ordnete den Westerwald, den Schelder Wald und den Hochtaunus dem Landbaugebiet II zu: Gebiete in höheren Lagen des

Mittelgebirges mit hohen Niederschlägen, kurzer Vegetationszeit, hängigen Gebirgsböden, überwiegend Kleinbetriebe mit Nebenerwerb.

In das Landbaugebiet IV: Mittelgebirgslagen mit mittleren Niederschlägen, mittlerer Vegetationszeit, leichten bis mittleren Böden in mäßiger bis mittlerer Hanglage, überwiegend Kleinbetriebe und bäuerliche Familienbetriebe, wurde der Taunus eingeordnet.

Das Limburger Becken wurde zu den Beckenlandschaften mit mittleren Niederschlägen, mittlerer bis langer Vegetationszeit, Löß- und Lößlehm-Böden in mäßiger Hanglage, überwiegend bäuerliche Familienbetriebe, gezählt (Landbaugebiet Vb).

Das Lahn-Dill-Gebiet erschien bei Gebieten mit mittleren bis geringen Niederschlägen, mittlerer bis langer Vegetationszeit, Gebirgsböden oder schwere Böden in mittlerer bis starker Hanglage oder leichte Böden in ebener Lage, überwiegend Kleinbetriebe mit Nebenerwerb (Landbaugebiet VI).

Im Landbaugebiet VII bei Tallandschaften mit mittleren bis geringen Niederschlägen, langer Vegetationszeit in ebener bis hügeliger Lage in Marktnähe, vorwiegend Familienbetriebe, wurde die Rhein-Main-Ebene aufgeführt.

Das Landbaugebiet VIII, das Gebiete mit besonders bevorzugter Klimalage erfaßte, umfaßte den Rheingau.

Bei der Zusammenfassung der Buchführungsergebnisse hessischer Landwirtschaftsbetriebe zählt der Rheingau zum Wirtschaftsgebiet 1 zusammen mit Ried und Bergstraße, das Rhein-Main-Gebiet zum Wirtschaftsgebiet 2 zusammen mit der Wetterau, das Limburger Becken zusammen mit dem Rodgau zum Wirtschaftsgebiet 5, der Taunus bildet zusammen mit Teilen des südlichen Westerwaldes das Wirtschaftsgebiet 8 (südhessische Mittelgebirgslagen) und der nördliche Westerwald zählt zum Wirtschaftsgebiet 9 (nordwest-hessische Mittelgebirgslagen).

Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz hat bei der Auswertung der Buchführung lediglich 4 Vergleichsgebiete gebildet. Für die ehemals nassauischen Gebiete sind wichtig:

Vergleichsgebiet III:
Nördlicher Landesteil ohne Neuwieder Becken.
Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt unter 8° C, die Jahresniederschläge übersteigen zum großen Teil 800 mm. Das Grünland hat im Durchschnitt einen Anteil von über 40% der LN. Extensiver Getreidebau und Ackerfutterbau herrschen vor.

Vergleichsgebiet IV:
Die Weinbaugebiete Mosel-Saar-Ruwer, Mittelrhein und Ahr. Dieses Vergleichsgebiet ist nicht räumlich begrenzt; ausschlaggebend für die Zuordnung zu diesem Vergleichsgebiet ist die Betriebsform Dauerkultur.

Flurverfassung

Die Flurverfassung bot zu Beginn des 19. Jahrhunderts folgendes Bild: Beim Wald handelte es sich zum größten Teil um Niederwald, der auch für Weidezwecke benutzt wurde. Manchen Obermärkern (bei uns fast immer gleich mit Landesherren) war es gelungen, die Waldzerstörung teilweise aufzuhalten. Dort, wo die Landesherrschaft keinerlei Einfluß auf die Bewirtschaftung nahm, befand sich der Wald in einem desolaten Zustand. Ohne klare Feld-Wald-Grenze ging die Landschaft in Allmendflächen über, die als Weiden genutzt wurden. Auch war im Westerwald teilweise noch ein zeitweiser Umbruch üblich, d. h. die sogenannte Feld-Gras-Wirtschaft. Dieses Wechselland war im Bereich des Taunus (genau wie in den guten Lagen des Rhein-Main-Gebietes sowie des Limburger Beckens) zu Beginn des 19. Jahrhunderts weitgehend verschwunden. Einige Besonderheiten der Feld-Gras-Wirtschaft bzw. der gemischten Nutzung im Wald sollen besonders herausgestellt werden. Die sog. Haubergswirtschaft war im Westerwald nur im ehemaligen Sayn'schen Gebiet verbreitet, sowie im Anschluß an das Siegerland im nordwestlichen ehemaligen Dillkreis. Die Eichen, die aus Stockausschlägen erwachsen waren, wurden nach 16–20 Jahren geschält, um Eichenlohe für die Gerbereien zu gewinnen. Das Holz wurde entweder direkt als Brennholz genutzt oder aber zu Holzkohle verarbeitet. In den Haubergen wurde sodann in Form des Hackbaues Getreide angesät und nach der Ernte geweidet. Die Bewirtschaftung der Hauberge erfolgte zum größten Teil über sog. Haubergsgenossenschaften. Haubergsordnungen stammen schon aus dem 15. Jahrhundert. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts stagnierte der Absatz von Lohe und Holzkohle, so daß eine Umwandlung in Hochwald möglich wurde, jedoch nicht überall erfolgte.

Doch auch in anderen Gebieten Nassaus war Niederwald vorhanden. Im westlichen Taunus wurden auf diese Weise Weinbergsstickel und Brennholz gewonnen. Diese sogenannte Rottheckenwirtschaft diente auch der Gewinnung von Roggen mit langem, starkem Halm, der dann zum Dachdecken verwandt wurde.

Eine besondere Form der Bewirtschaftung des Außenlandes stellte die sog. Hainwirtschaft des Westerwaldes dar, die in etwa mit der Schiffelwirtschaft des Hunsrücks vergleichbar ist. Hier wurden die Heide- bzw. Rasenplacken abgeschält, verbrannt und dann Roggen eingesät. Dieses Feld-Heide-Wechselland war in der Regel Gemeinschaftseigentum (Allmende). Letzte Zeugnisse dieser Wirtschaftsform stammen noch aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Hutweide war hauptsächlich im Westerwald üblich. Die Weiderechte waren entweder im Besitz der Gemeinde, doch gab es auch gemeinsame Huten,

wechselseitige Huten und Weiderechte von Gemeinden, die weiter entfernt lagen. Der Übergang zwischen Niederwald, Hutungen und Trieschern war oft fließend. Die Abschaffung der Hutweiden hat bis in das 20. Jahrhundert hinein gedauert; und in einigen Gemarkungen des hohen Westerwaldes sah man vor einigen Jahren noch die Viehherden mit einem Hirten morgens zu den Weiden hinausziehen und abends wieder nach Hause gehen, wobei die Sättigung des Viehs unterschiedlich gut erfolgt war. Diese Flächen sind teilweise in den letzten Jahren umfunktioniert worden zu Flugplätzen, Liegewiesen und Campingplätzen, eine Form der versteckten Sozialbrache.

Die Weidewirtschaft war im Taunus nicht so ausgeprägt wie im Westerwald, aber auch hier gab es Weiderechte auf den Gemeindeweiden und dem Brachfeld. Das Wechselland in Form der Triescher war hauptsächlich im Westerwald zu finden. Hier wurde nach einer mehrjährigen Grasnutzung umgebrochen und Getreide – vor allem Hafer – eingesät. Die Triescher im Taunus sind zum größten Teil aufgeforstet worden, während sie im Westerwald noch in einigen Gegenden offen sind, sofern sie nicht der Verfichtung anheim gefallen sind. Heute ist eine Wechselwirtschaft, d. h. ein geregelter Wechsel zwischen Acker- und Grünland nicht mehr üblich.

Die Dreifelderwirtschaft war in den Beckenlandschaften und im Rhein-Main-Gebiet schon sehr früh verbreitet. Im Westerwald hat die Verzelgung teilweise erst im 19. Jahrhundert begonnen (der Ausdruck „Zelge" wird hauptsächlich von Geographen benutzt, während die Landwirte auch heute noch von „Feldern" reden). Die Einteilung in Winterfeld, Sommerfeld und Brache war in manchen Gemeinden noch bis vor wenigen Jahrzehnten gut sichtbar. So zeigten z. B. um 1950 im Untertaunusgebiet noch 80 Ackerfluren einen zelgengebundenen Anbau, während er erst in 8 Gemarkungen verschwunden war.

Der Anbau von Brachfrüchten im Zug der verbesserten Dreifelderwirtschaft wurde teilweise von der Obrigkeit bzw. den Grundherren nicht gern gesehen, weil dadurch Schwierigkeiten bei der Ausübung des Triftrechtes auftraten. Auch führte der Anbau von neuen Kulturpflanzen in Brachfeld zu Nachteilen für die kleineren Betriebe, da diese auf die Futtergewinnung über die Weide auf dem Brachland und den Stoppelfeldern angewiesen waren. Es kann davon ausgegangen werden, daß im Taunusgebiet die Dreifelderwirtschaft im 19. Jahrhundert die Regel war, während für den Westerwald keine generelle Aussage über Feldsysteme möglich ist. Hier waren teilweise noch Feld-Gras-Wirtschaften üblich. Die Dreifelderwirtschaft als solche (auch die verbesserte!) ist nach und nach im Zuge der Konsolidationen und Flurbereinigungen verschwunden. Die frühen Nassauer Konsolidationen wurden in Teilgebieten durchgeführt und ließen auch nach der Umlegung eine Bewirtschaftung in Feldern zu. Doch sind die Vorteile dieser alten Nassauer

Konsolidationen, die in das 18. Jahrhundert reichen, teilweise durch Erbteilung wieder verlorengegangen. Der Westerwald hat früher mit der Konsolidation begonnen als die Gebiete südlich der Lahn. Das hing nicht nur damit zusammen, daß von seiten der Obrigkeit diese Maßnahmen stärker gefördert worden waren (Nassau-Oranien!), sondern weil die Feld-Gras-Wirtschaft des Westerwaldes eher die Möglichkeit einer Umlegung in Teilbereichen gab. Konsolidationen sollten die Nachteile der Flurzersplitterung beseitigen, die hauptsächlich durch Realteilung entstanden waren, nachdem die entsprechenden Verordnungen zur Eindämmung der Grundstückszersplitterung zu keinem Erfolg geführt hatten. (Man hatte Edikte erlassen, deren Befolgung jedoch nicht durchgesetzt!)

Auch die Dreifelderwirtschaft förderte die Flurzersplitterung, da jeder Erbe in jeder Flur gleiche Anteile haben wollte und mußte. Die Verpachtungsrechte der Gemeinde, die sich auf die ganze Feldmark bezogen, förderten die einheitliche Bewirtschaftung in Feldern, erschwerten den Anbau von Brachfrüchten und behinderten die Einführung neuer Kulturmethoden.

Das Kulturedict von 1808 für Nassau-Usingen, das 1812 auf ganz Nassau übertragen wurde, ermöglichte einen freieren Gebrauch des Eigentums und eine gesonderte Nutzung der einzelnen Parzellen, konnte aber nicht wirksam werden, da die Zuwegung zu den Grundstücken und die Wendemöglichkeit nicht überall gegeben waren und damit kaum ein Ausbrechen aus der einheitlichen Nutzung erfolgen konnte. Es war sonst mit erheblichen Schäden in den Kulturen zu rechnen. De facto war der Flurzwang so lange in Gebrauch, bis die Flurbereinigung getrennte Zufahrten und Wendemöglichkeiten schuf. Innerhalb einer Gemarkung wurde oft noch zwischen einem Innen- und einem Außenfeld unterschieden, wobei nur das Innenfeld = Baufeld „gebessert" (= gedüngt) wurde. Das Haferfeld war das sog. Außenfeld und hier wurde oft auch eine ungeregelte Feld-Gras-Folge eingeschaltet. Für dieses Grasland war teilweise der Ausdruck „Urlos" = ährenlos in Gebrauch.

Direkt um die Ortslage befanden sich Krautäcker bzw. nicht eingezäunte Gärten, die am stärksten zersplittert waren.

Den Wiesen wurde im 19. Jahrhundert von seiten der Obrigkeit sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Sie waren oft sehr stark parzelliert, vernäßt und mit Sträuchern durchsetzt. Doch gelang es nur in einzelnen Fällen, Bewässerungswiesen – wie sie im Siegerland üblich waren – zu schaffen. Hinderlich waren Weiderechte, die es ermöglichten, daß z. T. bis zum Mai und nach der Heuernte bzw. Grummeternte durch die Gemeinde Verpachtungen an Schafhalter vorgenommen werden konnten.

Leider sind sehr viele Unterlagen (Karten und Konsolidationsakten) aus der damaligen Zeit mit dem Generalkulturarchiv in Kassel verlorengegangen, so daß es oft Schwierigkeiten bereitet, die früheren Verhältnisse zu rekonstruieren.

Im 19. Jahrhundert wurde im wesentlichen die heute noch vorhandene Feld-Wald-Grenze z. T. durch obrigkeitliche Maßnahmen festgelegt. Eine Umwandlung von Wäldern in Acker und Wiesen fand im 19. Jahrhundert kaum statt. Erst im Zuge der Notstandsmaßnahmen nach dem 1. Weltkrieg sind erneut Waldrodungen vorgenommen worden. Ein „weiteres Verdienst" des 19. Jahrhunderts ist der Innenausbau, die sog. Entmischung der verschiedenen Nutzungsformen. Es entstand damals das Bild der Kulturlandschaft, das uns auch heute noch begegnet. Die Ackernutzung wurde intensiviert, zumal durch Meliorationen, bessere Kulturmaßnahmen und die Hereinnahme bodenverbessernder Pflanzen die Erträge erheblich gesteigert werden konnten. Die Auswirkungen der Mineraldüngung sind erst Ende des 19. Jahrhunderts erfaßbar. Vorher war es vor allen Dingen die bessere Versorgung mit Stallmist, die sich ebenfalls positiv auf die Erträge auswirkte. Diese war durch die Ausdehnung des Futterbaus und die verstärkte Viehhaltung möglich geworden. Die Intensivierung der Bodennutzung war notwendig geworden, um der vermehrten Bevölkerung mehr Nahrung zu geben. Der stärkere Getreideanbau hatte z. T. negative Auswirkungen auf die Bodendecke in Gebieten mit höheren Niederschlägen, wo es zu Erosionsschäden kam.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die positive Entwicklung der Landwirtschaft in Nassau mit der Entwicklung in anderen Gebieten des nachmaligen Deutschen Reiches Schritt hielt, obwohl die ungenügende Grundstücksgröße ein entscheidendes Hemmnis bot. Dem konnte auch die Konsolidation auf längere Zeit nicht abhelfen, da man zu lange an dem System der Bereinigung in Teilgebieten mit der Verlosung von Normalparzellen festhielt. Erst mit der Übernahme der großzügigeren Flurbereinigung aus der preußischen Tradition kam es zu nachhaltigen Verbesserungen der inneren Verkehrslage.

Heute bietet sich im gesamten Nassauer Gebiet folgendes Bild: Die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt laufend ab. Ein Teil davon wird in Wald umgewandelt, doch haben auch die Siedlungs- und Straßenflächen erheblich zugenommen. Die Flurbereinigung hat die Landbewirtschaftung wesentlich erleichtert, so daß Betriebsgrößen möglich sind, die früher für unmöglich gehalten wurden. Im Westerwald sind Tendenzen zu beobachten, die ackerbauliche Nutzung in der Hand einiger Betriebe zu konzentrieren, während andere Betriebe ihre Viehhaltung ausgedehnt haben. Die Sozialbrache ist eine Erscheinung, die hauptsächlich im Westerwald auftritt, und zwar in offener und versteckter Form. Im Taunus spielt die Sozialbrache vor allen Dingen im Hochtaunus eine größere Rolle, während im übrigen Gebiet die Landbewirtschaftung noch in Ordnung ist. Der Getreideanteil hat zugenommen. Die Umwandlung von Wiesen in Äcker wird versucht, wo immer es möglich ist. Die Neigung zur Flurbereinigung hat abgenommen. Haupter-

werbslandwirte, die sich für eine solche Maßnahme aussprechen, bekommen oft Schwierigkeiten mit ihren Verpächtern, die die Flurbereinigungskosten scheuen. Doch ist die Flurbereinigung im Taunus und im Limburg-Weilburger Gebiet im wesentlichen abgeschlossen.

Markt- und Absatzverhältnisse

Lediglich der westliche Westerwald hat eine günstige äußere Verkehrslage, wenn man die Nähe der Städte im Rheintal um Koblenz mit berücksichtigt. Der übrige Westerwald hatte schon immer unter schlechten Absatzverhältnissen zu leiden. Das Dillgebiet war im wesentlichen Selbstversorgungsgebiet. Im Taunus hat sich der Absatzmarkt Wiesbaden erst im Laufe des 19. Jahrhunderts zu größerer Bedeutung entwickelt, da in dieser Zeit die Einwohnerzahl von 3000 bis auf 75 000 anstieg. Frankfurt hatte dagegen für den östlichen Taunus schon immer eine große Bedeutung und bezog das Umland – entsprechend den Thünenschen Kreisen – in den Einwirkungsbereich der sich stetig entwickelnden Großstadt ein.

Die Städte des Lahntals haben dagegen nie einen großen Einfluß auf die Absatzverhältnisse ausgeübt.

Betriebsstruktur

Nassau ist von jeher Realteilungsgebiet gewesen. Dies gilt auch für alle vorhergehenden Staatsgebilde. Die Übernahme des ‚Code civil' war in napoleonischer Zeit in Nassau vorbereitet worden, kam aber nicht mehr zur Ausführung. Die französische Gesetzgebung hat die Realteilung besonders begünstigt, vorhanden war sie in unserem Gebiet schon lange vorher. Interessant ist auch, daß Nassau relativ wenig Großbetriebe hatte. Der Adel konnte nicht in dem Maße die Bildung von Gutshöfen erreichen, wie es in anderen Gebieten möglich war. Es wäre interessant festzustellen, ob Bodengüte und Bildung größerer Güter nicht in einer positiven Relation zu sehen sind, denn Nassau hatte insgesamt schlechtere natürliche Voraussetzungen als andere Gebiete Westdeutschlands. Der Rheingau machte eine Ausnahme. Obwohl die Weingüter flächenmäßig hinter landwirtschaftlichen Großbetrieben zurückstehen, kann festgestellt werden, daß in diesem Gebiet eine Vielzahl von adligen und geistlichen Großbetrieben entstanden waren. Diese Entwicklung hat sich erst in den letzten Jahrzehnten umgekehrt.

Nassau ist – wie ausgeführt – vollständig dem Realteilungsgebiet zuzurechnen, wenn auch in einer einzigen Gemeinde (Wallenfels) ein modifiziertes

Anerbenrecht unter dem Einfluß Kurhessens herrschte. Doch sollte man dieses Realteilungsrecht nicht als starr ansehen. Es lassen sich nach meiner Kenntnis zwei Typen unterscheiden: Einmal die reale Teilung, entweder beim Tod des Erblassers oder aber schon im Zuge einer vorweggenommenen Erbfolge, und die sogenannte Übergabe. Hier erfolgte schon zu Lebzeiten eine Auseinandersetzung. Der Erblasser übergab Haus und Hof an den Hauserben und dieser bekam die Möglichkeit, die Erbteile seiner Miterben ganz oder teilweise auszuzahlen. Dies erfolgte nach dem 60. Lebensjahr des Übergebers. Diese Form der Erbauseinandersetzung soll vor allen Dingen im Lahngebiet verbreitet gewesen sein.

Die Realteilung förderte die Ehefreudigkeit und ermöglichte auch Minderbemittelten den Kauf kleiner Parzellen. In unserem Gebiet ist wohl überall die Errungenschaftsgemeinschaft verbreitet gewesen. Nach dem Tod des Ehegatten erhielt der überlebende Partner die Leibzucht aus dem vorhandenen Vermögen.

Die Testierfreiheit war aufgrund des Eindringens des römischen Rechts gegeben, jedoch stand den nicht berücksichtigten Erben ein Pflichtteil in Höhe von einem Drittel bzw. der Hälfte des gesetzlichen Erbteils zu. Im Intestatfall erfolgte meistens eine reale Teilung. Die Betriebe selbst waren klein. Einige herrschaftliche Höfe wurden im 19. Jahrhundert aufgegeben, da man sich aus einer Verpachtung von Einzelparzellen eine höhere Rendite erhoffte. Die Betriebsstruktur war insgesamt relativ einheitlich und führte zu einer geringeren sozialen Differenzierung als im Anerbengebiet. Durch Beschränkung der Kinderzahl und zweckdienliche Heiraten versuchte man, der Verkleinerung der Betriebe entgegenzuwirken. Doch war dies nur in beschränktem Umfang möglich. Erst im 20. Jahrhundert setzte im Zuge der Intensivierung und der verstärkten Möglichkeit, außerlandwirtschaftliches Einkommen zu erzielen, eine Vergrößerung ein, so daß heute Betriebsgrößen vorhanden sind, wie sie früher für ein Realteilungsgebiet undenkbar erschienen. Dabei hat die Frage der Vererbung nur noch nachgeordnete Bedeutung. Man übergibt einen Betrieb, der aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Eigenland und Pachtland besteht. Dabei ist gerade über die Pacht diese Umgestaltung der Betriebsstruktur erst möglich geworden.

Die Pachtpreise schwanken von der Null-Pacht bis zu Pachtpreisen um 800,– DM je ha. Das gleiche gilt für die Grundstückspreise für landwirtschaftliche Grundstücke im ehemaligen Nassau, die von 0,30 DM bis 30,– DM je m^2 differieren.

Die Höhenlagen des Westerwaldes werden in erster Linie von Futterbaubetrieben bewirtschaftet. Die starke Arbeitsbelastung der Familie führt zu Problemen und die wirtschaftliche Situation ist nicht immer günstig, wie es auch die Buchführungsergebnisse ausweisen. Im übrigen Nassau herrschen Betriebe

mit überwiegendem Ackerbau vor, wobei die Veredlungswirtschaft nur geringe Bedeutung hat.

Statistik zur Betriebsgrößenentwicklung und Betriebsorganisation

Leider lassen die statistischen Zahlen des vorigen Jahrhunderts nicht ohne weiteres Vergleiche mit späteren Erhebungen zu. Dies hängt einmal mit den wenigen erhobenen Daten zusammen, zum anderen aber auch mit den territorialen Verschiebungen zwischen 1866 und 1972. Dabei ist in Rheinland-Pfalz bei den Landkreisen kaum eine Änderung der alten nassauischen Grenze vorgenommen worden, während die östlichen Grenzen in erheblichem Maße Verschiebungen erfahren haben. Es besteht daher nur die Möglichkeit, über Relativzahlen Tendenzen aufzuzeigen. Außer den Zahlen aus dem alten Herzogtum Nassau sind Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse im Regierungsbezirk Wiesbaden aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg vorhanden. Die statistischen Zahlen von 1945 sind für Rheinland-Pfalz relativ einfach zu erhalten, während bei den hessischen Daten erhebliche Umrechnungen vorgenommen werden mußten. Trotzdem soll versucht werden, hierzu Aussagen zu machen. Dabei sind Zahlen über die Bodennutzung nur für die neuere Zeit von genügender Aussagekraft. Die alten statistischen Zahlen aus dem vorigen Jahrhundert beruhen teilweise auf Erhebungen durch die Bürgermeister und besaßen nicht immer die erforderliche Genauigkeit.

Die Statistik Nassaus zeigt, daß die Zahl der ‚landwirtschaftlichen Gewerbetreibenden‘ in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die größte Anzahl der Beschäftigten ausmachte. Leider gibt es keine genaue Abgrenzung innerhalb der Landwirtschaft, zumal die Tagelöhner teilweise eine eigene Kuhanspannung besaßen. Auch ist nicht immer ersichtlich, ob die Spannfähigkeit mit der Ackernahrung identisch war. Die Gewerbeübersicht 1819 weist insgesamt 26 828 Bauern aus. Davon waren 790 Weinbauern. 24 102 zählten zur 2. Steuerklasse, waren also relativ niedrig besteuert. Alle anderen besaßen dann zwei und mehr Fuhren (Pferde?).

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet und im rheinisch-westfälischen Raum hatte kaum Einfluß auf die Entwicklung der Betriebsstruktur. Von einer entscheidenden Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe kann nicht gesprochen werden. Wenn z. B. im Jahr 1865 von einer erhöhten Zahl landwirtschaftlicher Gewerbetreibenden die Rede ist, ist das wohl eher darauf zurückzuführen, daß sich die statistischen Methoden gegenüber 1818 geändert haben. Fast alle Landwirte zählten zur 2. Steuerklasse, d. h. sie besaßen nur eine Anspannung. Dabei war am verbreitetsten

das Kuhgespann, während die Pferde nur im größeren Betrieb Eingang gefunden hatten. Doch hatten wohl auch viele in der Statistik aufgeführten Tagelöhner eine Kuhanspannung. Falls nur eine Spannkuh vorhanden war, wurde sie mit der des Nachbarn zusammen gefahren.

Die weitere Entwicklung soll mit einigen Daten untermauert werden:

Entwicklung der Betriebsgrößen

Größenklasse	1895		1933		1980	
	Anteil Betriebe	bzw. Fläche	Anteil Betriebe	bzw. Fläche	Anteil Betriebe	bzw. Fläche
unter 2 ha LF	58 %	14 %	36,2%	11,2%	21,8%	2,7%
2– 5 ha LF	26 %	33 %	40,1%	35,4%	27,8%	8,7%
5– 20 ha LF	15 %	45 %	22,1%	44,5%	33,2%	32,1%
20– 50 ha LF	0,4 %	0,5%	0,3%	2,0%	14,5%	39,4%
50–100 ha LF			0,3%	2,2%	2,7%	17,1%
über 100 ha LF	0,04%	3,0%	1,0%	4,7%		
∅-Betriebsgröße	2,63 ha LF		3,54 ha LF		11,05 ha LF	

Die größte Besitzzersplitterung hatte schon immer der Rheingau. 1895 waren z. B. 60% der Betriebe kleiner als 1 ha.

Leider stehen keine Zahlen über die Betriebssysteme zur Verfügung. Doch ist davon auszugehen, daß heute der Getreide-Futterbaubetrieb am häufigsten anzutreffen ist.

Landwirtschaftlicher Nebenerwerb

Im gesamten Nassau war schon immer Nebenerwerb üblich. Dabei hatte er nicht die spezielle Ausprägung wie in anderen Gebieten. Vom Mittelalter her hatte sich eine Textilindustrie erhalten, die auf heimischer Rohstoffbasis aufbaute. Die Weberei, die als Arme-Leute-Beschäftigung galt, diente der Erzeugung eigener Stoffe, doch wurden auch Garne zugekauft und schließlich gab es ausgesprochene Lohnweber. Dabei waren die Wollweber oft besser gestellt als die Leinenweber. Das Bareinkommen aus der Heimarbeit diente zur Beschaffung von zusätzlichen Lebensmitteln, doch wurde es auch für den Grunderwerb benutzt, um die Existenz besser zu sichern. Als Sonderform des Nebenerwerbs seien noch die Nagelschmiede im Hochtaunusgebiet und im

Weilburger Gebiet sowie die Strumpfstricker im Westerwald und unter dem Einfluß der Hugenotten im Friedrichsdorfer Raum die Strumpfwirker genannt. Diese Hausindustrie stellte teilweise den Übergang vom Handwerk zur arbeitsteiligen Fabrikindustrie dar, wobei Verleger die Vermittlung von Material und Fertigwaren vornahmen. Der Absatz der Produkte erfolgte teilweise über heimische Händler in ganz Europa. Auf diese Weise erhielten ganze Dörfer einen zusätzlichen Verdienst. Die Krisenfestigkeit der Heimindustrie wurde oft überschätzt. Die Kleinlandwirtschaft, die im wesentlichen von den Frauen betrieben wurde, erbrachte in Notzeiten nicht immer genügend Nahrungsmittel, vor allen Dingen dann nicht, als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Textilindustrie infolge ausländischer bzw. der maschinellen Konkurrenz zurückging. Manufakturen wurden im 18. Jahrhundert öfters gegründet, haben aber keine großen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt.

Im nassauischen Gebiet hat immer schon der Bergbau eine Rolle gespielt. Dabei war es meistens Eisenerz und Schiefer, die gewonnen wurden. Doch wurden auch andere Erze, vor allen im Lahngebiet, abgebaut. In Steinbrüchen wurde vor allen Dingen im 19. Jahrhundert sehr viel Material für die Ausfuhr gewonnen. Es sei vor allen Dingen an die Basaltindustrie im Westerwald erinnert. Doch sei auch der Lahnmarmor erwähnt. Weitere Nebenerwerbsmöglichkeiten bestanden in Ziegeleien und in der Steingutindustrie. Die Bergarbeiter im Lahn-Dill-Gebiet hatten immer an ihrer kleinen Landwirtschaft festgehalten und versuchten sogar, durch Waldrodungen ihre Nutzflächen zu vergrößern. Die Eisenfuhren mit Pferden und Ochsen wurden früher teilweise im Zuge des Spanndienstes durchgeführt und waren daher bei den Landwirten nicht sehr beliebt. Im 19. Jahrhundert nahm die Tätigkeit im Baugewerbe erheblich zu. So ist Frankfurt/M. zum großen Teil von Maurern aus dem Taunus hochgemauert worden und ähnlich war es mit dem Siegerland und später auch mit dem Ruhrgebiet. Teilweise wurde sogar in den Niederlanden Arbeit gesucht. Die Auswanderung nach Amerika wurde Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts durch die Abwanderung in das rheinisch-westfälische Industriegebiet und ab 1890 in das Rhein-Main-Gebiet abgelöst. Auf diese Weise verschwand z. B. auch das Elend im Nagelschmiedegebiet des Hochtaunus. Die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter haben zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Rhein-Main-Gebiet eine gewisse Rolle gespielt. Später wurden sie durch Wanderarbeiter aus Spessart und Rhön ersetzt (Fulder). Es ist interessant, daß die Pendler aus immer größerer Entfernung in die Ballungsräume einreisten, zunächst als Wochenpendler, später als Tagespendler. Auch haben sich viele Bauernsöhne und -töchter als Gesindekräfte in den Großstädten verdingt. Es wäre interessant, die Herkunft der Wiesbadener Bevölkerung genauer zu analysieren. Ein oberflächlicher Eindruck zeigt, daß gerade zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit dem Aufblühen der Weltkurstadt

sehr viele Einwohner aus dem Gebiet der Kleinlandwirtschaften des Taunus und teilweise auch des Westerwaldes eingewandert sind.

Saison-, Gelegenheits- und Hilfsarbeiten waren oft die einzige Möglichkeit, zu Geld zu kommen. Doch muß auch offen ausgesprochen werden, daß in manchen Gemeinden auch die Bettelei zu Hause war. Nach dem 1. Weltkrieg begann das Interesse an der Nebenerwerbslandwirtschaft nachzulassen. Die Krisenzeit nach 1930 hat diese Entwicklung nur unterbrochen, aber nicht aufgehalten. Nach dem letzten Krieg hat sich diese Tendenz verstärkt. Es ist oft eine Generationsfrage, wann der landwirtschaftliche Nebenerwerb ganz aufgegeben wird. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang der Rückgang der weiblichen Personen innerhalb der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen überhaupt. Die Heimindustrie ist heute vollständig verschwunden.

Die Nebenerwerbsbetriebe haben sich jedoch stabiler erwiesen, als vielfach angenommen wurde. Die Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt wird über die Zukunft dieser Betriebsform entscheiden.

Viehhaltung

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war im alten Nassau der Weidegang des Rindviehs die Regel. Der Hirte führte seine Herde morgens auf die Gemeindeweide, die Triescher bzw. Brachfelder und brachte sie abends wieder zurück. Ähnlich wurde mit dem Jungvieh verfahren. Nur allmählich setzte sich die Stallhaltung durch, da die Voraussetzung, stärkerer Ackerfutterbau und Leistungssteigerung des Grünlands, erst nach und nach geschaffen wurde. Die Aufhebung der Weidemöglichkeiten auf der Brache bzw. die Beseitigung der Hutweiden führte zu einer Abnahme des Rindviehbestandes. Die Stallfütterung setzte sich zunächst für die Milchkühe und erst später für das Jungvieh durch. Problematisch war die Versorgung mit Winterfutter, zumal die Heuerträge sehr niedrig lagen. Um den Spanndiensten zu entgehen, wurde vielerorts die Pferdehaltung eingeschränkt und Kühe angespannt. Als Rassen werden zu Beginn des Jahrhunderts hauptsächlich Westerwälder Rotvieh (mit weißer Blesse) und Vogelsberger Rotvieh genannt. Das Lahn-Vieh ist erst im 19. Jahrhundert durch Einkreuzung von sog. Oberländervieh (Fleckvieh, Braunvieh) entstanden. Es war etwas lebhafter als das Fleckvieh und eignete sich gut für die Anspannung. Teilweise wurden auch das Glan-Donnersberger Vieh, Durhams und Shorthorns zur Verbesserung der Milch- und Mastleistungen benutzt. Die Vatertierhaltung erfolgte in vielen Dörfern „auf der Reihe". Durch Verordnungen der Regierung versuchte man, die Manntierhaltung zu verbessern und auf diese Weise die Leistungsfähigkeit der Tierzucht

zu steigern. Die Rindermast spielte keine besondere Rolle. Nur in Dauborn war infolge der 104 Brennereien und der Möglichkeit der Schlempeverwertung eine stärkere Rindermast vorhanden. Heute finden wir eine sehr starke Differenzierung innerhalb der Rinderhaltung. Neben ausgesprochenen Zuchtbetrieben gibt es Betriebe mit Milcherzeugung und reine Rindermastbetriebe. Nur vereinzelt sind Ammenkühe verbreitet. Im Westerwald werden vielfach auch Pensionstiere gehalten. Die Verbesserung der Molkereistruktur führte in den 30er Jahren zu einer Vermehrung des Milchkuhbestandes. Vorher war der Frischmilchabsatz nur über den Milchhandel in den Großstädten möglich.

Bezüglich der Rinderrassen kann gesagt werden, daß das Westerwälder ganz und das Vogelsberger Vieh fast ganz verschwunden sind. Die Bestände des Lahnviehs sind ebenfalls rückläufig. Im wesentlichen werden Schwarzbunte, Rotbunte und Fleckvieh neben einigen Mastrassen gehalten. Wir finden vor allem im Gebiet um Limburg eine Reihe guter Zuchtbetriebe mit Schwerpunkt Rotbunt.

Die Rindermast wird überwiegend mit Silomais vorgenommen, wobei auch moderne Konservierungsverfahren zum Einsatz gelangen.

Die bei der Obrigkeit oft unbeliebte Ziegenhaltung spielte vor allem in den Gebieten mit Nebenerwerb eine größere Rolle. Als sogenannte Bergmannskuh war sie im Dillgebiet verbreitet. Doch waren auch in anderen nassauischen Gebieten größere Ziegenbestände im 19. Jahrhundert vorhanden. Heute ist sie zur Alternativkuh geworden ohne wirtschaftliche Bedeutung.

Die Schafhaltung dienten zu Beginn des 19. Jahrhunderts in erster Linie der Wolleerzeugung. Die Wolle wurde in der eigenen Wirtschaft oder aber in anderen Nebenerwerbsbetrieben verarbeitet. Die Qualität versuchte man durch Einkreuzen mit Merinos zu veredeln. Im 20. Jahrhundert nahm die Schafhaltung sehr stark ab. Auch die Autarkiebestrebungen des „3. Reiches" führten zu keiner nachhaltigen Belebung. Heute finden wir Schafherden in größerem Umfang nur im Westerwald, während sie im Taunus in den Höhenlagen eine gewisse Bedeutung haben. Doch ist heute die Fleischerzeugung in den Vordergrund getreten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war für die Schweine noch die Waldweide üblich. Im Zuge der Abgrenzung zwischen Wald und Feld wurden diese Weidegerechtigkeiten aufgehoben bzw. abgelöst. Infolgedessen hatte die Schweinehaltung nur noch für Selbstversorgung Bedeutung. In den letzten Jahrzehnten hat sie sich in einigen Spezialbetrieben konzentriert. Doch sind die Viehbestände nicht vergleichbar mit denen anderer Gebiete mit spezieller Schweineproduktion. Die Schweinezucht hat vor allen Dingen im Limburger Gebiet eine lange Tradition und erzeugt qualitativ hochwertige Zuchttiere.

In den nassau-oranischen Gebieten spielte die Pferdehaltung eine besondere Rolle, zumal von seiten der Obrigkeit durch Bereitstellung von Hengsten

Einfluß auf die Qualität der Tiere genommen wurde. Es handelte sich dabei vor allen Dingen um spanisch-niederländische Hengste, die eingeführt wurden. Nachdem das Weilburger Gestüt aufgegeben war, oblag es dem Dillenburger Gestüt allein, die Bereitstellung von Hengsten zu übernehmen.

Die Geflügelmast, die im Limburg-Weilburger Gebiet vor 15 Jahren eine gewisse Bedeutung erlangte, ist rückläufig.

Entwicklung der Viehbestände (Index: 1830 = 100)

1. Rindvieh

1830	1851	1904	1934	1979	
100	109	135	134	81	= 177,406

2. Schafe

1830	1873	1883	1892	1900	1904	1934	1979	
100	70	58	47	36	27	14	22	= 182,669

3. Schweine

1830	1851	1873	1883	1892	1900	1904	1934	1979	
100	107	91	106	189	257	279	382	197	= 64,008

4. Ziegen (1873 = 100)

1873	1892	1904	1934	
100	138	153	139	= 43,525

(heute z. T. nicht mehr erfaßt)

Die landwirtschaftlichen Nutzpflanzen

Zu Beginn des Jahrhunderts finden wir auf dem Acker als Leitfrucht den Hafer. Vor allen Dingen wurde der Westerwald durch diese Getreideart geprägt. In den besseren Lagen mit Dreifelderwirtschaft wurde auf dem Winterfeld in der Regel Roggen gebaut, während das Sommerfeld dort auch teilweise Sommergerste trug. Wegen der Auswinterungsgefahr wurde im Westerwald auch Sommerroggen gebaut. Der Buchweizenanbau hat dagegen keine größere Bedeutung erlangt. Hanf spielte ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle.

Im 18. Jahrhundert traten vereinzelt schon neue Nutzpflanzen auf, die zu den vorhandenen Hackfrüchten hinzutraten. Früher wurde in erster Linie die Kohlrübe zur Saftfuttergewinnung angebaut. Die Futterrübe ist erst im 19. Jahrhundert stärker in den Anbau aufgenommen worden. Die Kartoffel wurde schon im 18. Jahrhundert erwähnt (1730!), erreichte aber noch keine größere Bedeutung. Erst im 19. Jahrhundert nahm ihr Anbau zu, und Mißernten durch Pilzkrankheiten führten z. B. in den 40er Jahren zu

Hungersnöten. Der Flachsanbau war im gesamten nassauischen Gebiet verbreitet, erhielt aber nicht die Bedeutung wie in anderen Gegenden. Die Verarbeitung erfolgt in der Regel in den Betriebshaushalten. So finden wir in Ortsnähe auch Bleichwiesen, die der Flachsbearbeitung dienten. Die Ausdehnung des Rotkleeanbaus ermöglichte die Einführung der Stallfütterung. Die Luzerne hat erst zu Beginn dieses Jahrhunderts in den Beckenlandschaften und im Rhein-Main-Gebiet größere Bedeutung erlangt. Als Ölfrucht war im vorigen Jahrhundert hauptsächlich der Rübsen im Anbau. Der Rapsanbau ist erst Ende des vorigen Jahrhunderts ausgedehnt worden und nimmt z. Z. laufend zu.

Heute hat sich das Bild erheblich gewandelt. Der Roggenanbau ist sehr stark zurückgegangen und der Weizenanbau ist in Gebiete vorgedrungen, die früher für diese Frucht nicht geeignet erschienen. Auch haben neue Sorten der Wintergerste eine weitere Verbreitung ermöglicht. Demgegenüber sind Hafer und Kartoffel im Anbau sehr stark zurückgegangen.

Der Getreideanbau im Westerwald beträgt heute dagegen nur noch 25% der landwirtschaftlichen Nutzung. Die Vergetreidung des 19. Jahrhunderts hat sich hier umgekehrt. Neu ist der Silomaisanbau, der bis in Höhenlagen von 400 m möglich ist. Die Rindviehhaltung ist daher heute zum größten Teil auf diese Futterpflanze aufgebaut. Demgegenüber hat die Bedeutung des Grünlandes weiter abgenommen. Während man zu Beginn des 19. Jahrhunderts für jede Fuhre Heu 2 Morgen Wiese benötigte, wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts eine erhebliche Ertragssteigerung erreicht, die bis zu 80 dz je ha ging.

Interessant ist, daß eine Angleichung der Ackererträge in den ungünstigen und günstigen Lagen stattgefunden hat. Hierfür ist vor allem die Mineraldüngung verantwortlich.

Abschließend kann festgestellt werden, daß im vorigen Jahrhundert das Bodennutzungssystem die natürlichen und sozialen Gegebenheiten der Agrar- und Produktionsverhältnisse nicht widerspiegelte, da alle Betriebe nach Möglichkeit alle Produktionsbereiche abzudecken versuchten. Erst im 20. Jahrhundert ist eine starke Differenzierung aufgetreten. Dabei konnten die Realteilungsgebiete eine größere Bodenmobilität entfalten, während Anerbengebiete sich schwerer mit der Anpassung taten. Es ist z. B. beachtenswert, welche geringe Bedeutung die Sozialbrache in manchen Gebieten mit großer Flurzersplitterung heute hat.

Der Einsatz von Maschinen wurde in gleichem Maße forciert, wie die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Betrieben abnahmen. Solange billige Arbeitskräfte in ausreichender Anzahl zur Verfügung standen, sah man keine Notwendigkeit, teuere Maschinen anzuschaffen. Das ist z. B. bei der Einführung der Dreschmaschine zu beobachten, die zwar schon im 18. Jahrhundert erfunden wurde, aber erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts größeren

Eingang fand. Auch Grasmäher und Getreideerntemaschinen wurden erst dann angeschafft, als man keine Mäher mehr zur Verfügung hatte.

Flächennutzung

	1821	1937	1980
Wald	40,6%	41,5%	42,6%
Landwirtschaftliche Nutzfläche	56,7%	49,9%	42,0%
Bebaute Fläche	0,4%	1,4%	6,2%
Sonstiges (Unland, Gewässer, Verkehr)	2,3%	7,2%	9,2%
	100,%	100,%	100,0%

Landwirtschaftliche Nutzfläche

	1821	1937	1980
Ackerland	67,5%	65,7%	61,1%
Wiesenland und Weiden	30,3%	30,6%	35,9%
Hausgärten	0,7%	1,8%	0,2%
Weinbaulich genutzte Fläche	1,5%	1,3%	1,9%
Obstanlagen		0,6%	0,9%

Anbau auf dem Ackerland in %

	1900	1980
Getreide und Hülsenfrüchte	62	78,6
Hackfrüchte	24	8,5
Handelsgewächse	1	1,3
Futterpflanzen	11	11,6
Brache und Ackerweide	2	0

Anteile der einzelnen Getreidearten (in % der AF)

	1937	1980
Weizen	9,9	28,3
Roggen	18,5	6,0
Gerste	4,2	25,9
Hafer	23,6	15,5

Wald

Die klare Trennung der Landnutzung wurde erst im 19. Jahrhundert vorgenommen. Bis dahin war der Übergang vom freien Feld zum Wald fließend, zumal bei uns der Niederwald überwog. Die Weidenutzung des Waldes war allgemein üblich. Erst im 19. Jahrhundert ist aus der offenen Landschaft, die es in Nassau weithin gab, wieder eine Waldlandschaft geworden. Das gilt vor allen Dingen für den Taunus. Im Westerwald ist heute noch der Waldanteil relativ gering (d. h. unter Berücksichtigung der natürlichen Verhältnisse). Auf die Hack- und Lohwaldwirtschaft im nordwestlichen Nassau wurde an anderer Stelle schon eingegangen.

Wein

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts weist der Weinbau in Nassau noch eine große Verbreitung auf. Wir finden Wein im Rheingau, im Vordertaunus und im Lahn-Aar-Emsbach-Gebiet. Auch am Mittelrhein war er wesentlich stärker verbreitet als heute. Am Taunusrand wurde der Wein nach und nach durch Obst ersetzt, teilweise auch am Mittelrhein. Im Lahngebiet nahm ebenfalls die Rebfläche erheblich ab. Gemischtbetriebe waren die Regel. Nur einige größere Betriebe befaßten sich ausschließlich mit Weinbau. Eine besondere Bedeutung hatte von jeher der Rheingau, der von Bronner wie folgt charakterisiert wurde: „Das Rheingau ist die Hochschule des deutschen Weinbaus". In 1822 wurde in London verkündet, daß dem Rheingauer Wein der erste Rang von allen Weinen zustehe. Es ist hier nicht der Ort, auf die hohe Weinkultur des Rheingaus einzugehen (Spätlese, Cabinet usw.).

Die Weinpreise stiegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunächst an, doch trat nach dem Beitritt zum Zollverein ein Preisverfall ein. Es war dies auch die Zeit der Kunstweine, die den gewachsenen Weinen erhebliche Konkurrenz machten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stiegen die Preise vor allem für hochwertige Weine an. Die Weingesetzgebung gegen Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts wirkte sich nachteilig auf Weine minderer Qualität aus, so daß dadurch ein Zwang zur Qualitätsverbesserung ausgelöst wurde. Geringerwertige Sorten (Kleinberger!) wurden durch hochwertige Sorten (Riesling!) ersetzt.

Wir sind über die zahlenmäßige Entwicklung im Weinbau gut informiert, da Nassau ab 1830 eine Weinbaustatistik kannte, während sie in Preußen erst viel später eingeführt wurde.

Die Schäden durch Schädlinge und Krankheiten führten im vergangenen Jahrhundert zu großen Schwierigkeiten. Vor allen Dingen die Pilzkrankheiten,

Heu- und Sauerwurm und die Reblaus seien besonders erwähnt. Es hat Jahre gedauert, bis man diese Entwicklung in den Griff bekam.

Erst Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte der Übergang zum Flaschenweinverkauf, den vor allen Dingen die größeren Betriebe forcierten. Wein war kein Getränk für arme Leute; die für gute Qualitäten gezahlten Preise lagen relativ hoch.

Die Gründung von Genossenschaften erfolgte im Rheingau relativ spät und hat auch heute noch keine große Bedeutung erlangt (ca. 20% Marktanteil). Heute hat sich der Weinbau auf den Rheingau und das Mittelrheingebiet konzentriert. An der Lahn befinden sich nur noch wenige Weinberge. Die meisten Rebflächen befinden sich in der Hand von Nebenerwerbswinzern. Das stete Bestreben nach Qualitätsverbesserung hat sich ausgezahlt. Der Wein des Rheingaus und der Wein des Mittelrheingebietes kann sich gegenüber anderen Weinen auf dem Markt behaupten.

Förderungsmaßnahmen

Das Kulturedict von 1808 für Nassau-Usingen, das 1812 auf ganz Nassau übertragen wurde, ermöglichte wohl einen freieren Gebrauch des Eigentums, konnte aber nicht wirksam werden, da die Zuwegung zu den Grundstücken nicht überall gegeben war, weil in erheblichem Maße Überfahrtrechte bestanden.

Nassau ging auf dem Gebiet der Flurbereinigung eigene Wege. Im Jahre 1784 wurde die erste Consolidationsverordnung in Nassau-Oranien erlassen, nachdem schon vorher Maßnahmen gegen die zu starke Flurzersplitterung ergriffen worden waren. Aufgrund dieser Verordnung wurden bis zum Jahr 1806 160 Verfahren durchgeführt. Die Konsolidationsordnung von 1829 ist zu größerer Bedeutung gelangt und hat bis in die preußische Zeit hinein gegolten. Wichtig war, daß im Zuge der Zusammenlegung auch Meliorationen durchgeführt wurden und die gesamte Verbesserung der Feldmark im Vordergrund der Bemühungen stand. Die preußische Gesetzgebung hatte in erster Linie die Trennung von Guts- und Bauernland im Auge. Im 19. Jahrhundert wurde eine umfangreiche Diskussion geführt, welches Verfahren besser sei, die preußische Methode, die eine weitgehende Zusammenlegung der Grundstücke im Zuge der sogenannten Separation ermöglichte, oder die nassauische Methode, die zu wohlgeformten Grundstücken führte und umfangreiche Meliorationen zum Ziele hatte, bezüglich des Zusammenlegungsgrades aber ungünstigere Ergebnisse lieferte. So haben Studienreisende aus dem Rheinland und aus süddeutschen Ländern (Baden) immer wieder die nassauischen Verfahren studiert; letzten Endes wurde aber die preußische

Methode wirksam, weil sie bessere Zusammenlegungsergebnisse brachte und rechtlich einfacher gehandhabt werden konnte. Hinzu kam, daß nach dem Ende des Herzogtums Nassau die preußische Verwaltung wohl für Nassau noch Sonderregelungen zuließ, in den übrigen westdeutschen Gebieten aber die für altpreußische Gebiete geltenden Gesetze in Anwendung kamen. Das Nassauer Beispiel hat aber zukunftsweisend gewirkt, denn die sogenannte Integralmelioration ist heute das Ziel jeder Flurbereinigung. Es wird oft vergessen, daß die Konsolidation einen eigenständigen Beitrag Nassaus zur Neugestaltung der Agrarstruktur darstellt.

Eine große Schwierigkeit für die Konsolidation war durch den sogenannten Schartausch entstanden. Um die Teilungsverbote zu umgehen, wurden lediglich Nutzungsrechte geteilt. Die Konsolidation führte oft zu einer zu starren Feldeinteilung (es war ein vollendeter Sieg der Linie über die Landschaft). Auch waren es z. T. ungeübte Kräfte, die hier tätig waren. In den ehemals walramischen Gebieten im Süden Nassaus hat man jedoch von Anfang an Geometer mit der Konsolidation beauftragt.

Als Nassau 1866 zu Preußen kam, waren etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen konsolidiert, darunter auch schon Weinbauflächen. Aus statistischen Unterlagen über die Ergebnisse der Konsolidation geht hervor, daß sehr selten ein Zusammenlegungsverhältnis von 2 : 1 erreicht wurde. In vielen Gemeinden hatte man lediglich eine sogenannte Renovation als Neuvermessung einer Gemarkung ohne Konsolidation vorgenommen.

Die Leibeigenschaft war zu Beginn des 19. Jahrhunderts schon in einigen Gebieten aufgehoben bzw. de facto unwirksam geworden. Die Aufhebung im Jahre 1808 bzw. 1812 hatte daher nicht die gleiche Bedeutung wie in den ostdeutschen Gebieten. Die Zehntablösung, die ab 1840 erfolgte, zog sich teilweise bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts hin. Größere Erbleihgüter konnten erst ab 1856 abgelöst werden. Dies führte zu einer starken Verschuldung, die nicht allein durch die Bereitstellung von Mitteln der 1840 gegründeten Landeskreditkasse ausgeglichen werden konnte. Die Ablösung der Zehntgerechtsame erfolgte in der Weise, daß der Zehntertrag bestimmter Jahre mit 25 mal genommen wurde. Die Frondienste waren teilweise bereits im 17. Jahrhundert bzw. 18. Jahrhundert abgelöst worden. In anderen Gebieten mußten bis zu 52 Tagen im Jahr „Dienste“ geleistet werden. Falls die Landesherren größere Baumaßnahmen vornahmen, konnten diese Dienste zeitweise erhöht werden. Ungemessene Dienste scheint es in Nassau m. W. nie gegeben zu haben.

Karl von Ibell, der von 1801–1820 in der nassauischen Verwaltung, zuletzt als Regierungspräsident tätig war, leitete wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der agrarischen Produktion ein. Besonders hervorgehoben sei die Schaffung des Beispielbetriebes Hof Gassenbach bei Idstein im Jahr 1812 und

die Errichtung des landwirtschaftlichen Institutes in Idstein im Jahr 1818. Der landwirtschaftliche Verein für das Herzogtum Nassau hat ab 1820 eine segensreiche Tätigkeit entwickelt. Der Name von Prof. Wilhelm Albrecht muß in diesem Zusammenhang besonders erwähnt werden. Er war erster Leiter des Landwirtschaftlichen Institutes, Sekretär des Landwirtschaftlichen Vereins und Regierungsrat in der nassauischen Verwaltung.

Von großer Bedeutung sind auch die Verbesserungen, die auf dem Kulturland durchgeführt wurden. Besonders der Westerwald erfreute sich der besonderen Fürsorge der Landesherren. Als Wilhelm Albrecht nach seiner Bereisung norddeutscher und westeuropäischer Länder Verbesserungsvorschläge für den Westerwald erarbeitete, dachte er vor allen Dingen an Maßnahmen zur klimatischen Verbesserung. Die Schutzhecken sind aus diesen Bemühungen entstanden und haben zu einer wesentlichen Verbesserung der klimatischen Verhältnisse geführt. Leider blieben diese Maßnahmen teilweise unvollendet und wurden nicht in der ursprünglich geplanten Form durchgeführt. Als Wilhelm Albrecht Nassau verließ, hat vor allen Dingen Wilhelm Dünkelberg diese Arbeiten fortgeführt. Von der Denkschrift Albrechts aus dem Jahr 1837, dem Generalkulturplan und den Verbesserungsvorschlägen anderer Landeskulturexperten bis zu den heutigen Flurbereinigungen ist es ein weiter Weg gewesen. Albrecht hatte für 28 Dörfer des Westerwaldes Vorschläge für die Anlage von Schutzhecken gemacht und wasserwirtschaftliche Maßnahmen angeregt, wobei die Idee, Windschutzpflanzungen anzulegen, auch auf Vorbilder in den Ardennen zurückzuführen ist. Im Jahr 1839 fand eine große Aufklärungsversammlung in Emmerichenhain über die beabsichtigten Pläne statt, und im darauffolgenden Jahr wurde im Amt Rennerod mit diesen Maßnahmen begonnen. Nicht zu Unrecht steht daher heute noch ein Albrecht-Denkmal in Emmerichenhain. Albrecht hatte keine ausschließliche Verwendung von Fichten für die Schutzhecken vorgesehen, sondern Mischpflanzungen empfohlen. Leider ist die Verwirklichung hinter den Vorstellungen Albrechts zurückgeblieben. In preußischer Zeit hat man erneut Ansätze zur Verbesserung der klimatischen und landeskulturellen Verhältnisse des Westerwaldes unternommen. Auch diese sind nicht überall zur Verwirklichung gelangt. Dieser Landesausbau war notwendig, um der wachsenden Bevölkerung Existenzmöglichkeiten zu geben. Man kann bedauern, daß damals die nassauische Landschaft in dieser tiefgreifenden Weise umgestaltet wurde, doch bestand für viele die Alternative nur darin, das Land zu verlassen.

Der Taunus bot schon immer ein anderes Bild. Nachdem die Feld-Wald-Grenze festgelegt und der Landesausbau zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgeführt war, haben sich kaum noch Veränderungen in der Agrarlandschaft ergeben, sofern man von den Gebieten mit Sozialbrache absieht und das Verschwinden der Dreifelderwirtschaft bedauern möchte.

Die Förderung des Obstbaues ist vor allem Pfarrer Christ aus Kronberg und dem Arzt Dr. Diel aus Diez zu verdanken.

Von den landwirtschaftlichen Institutionen in Nassau wurde schon das Versuchsgut Gassenbach erwähnt. Das Landwirtschaftliche Institut in Idstein, das ab 1834 in Wiesbaden weitergeführt wurde, was eine der ältesten Einrichtungen seiner Art in Deutschland und wurde als Landwirtschaftsschule bis 1972 fortgeführt. Der Landwirtschaftliche Verein bzw. der Verein nassauischer Land- und Forstwirte bestand mit seinen Bezirksvereinen von 1820–1934. Das Vermögen dieses Vereins ging schon im Jahre 1928 auf die Stiftung Hof Geisberg über, die heute noch besteht. Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden bestand nur von 1889 bis 1934. In diese Zeit fällt die Errichtung aller Landwirtschaftsschulen in Nassau. Diese Aufgaben wurden vom Reichsnährstand übernommen, der Kreisbauernschaften, Bezirksbauernschaften und Außenstellen einrichtete. Während die Bezirksbauernschaften im wesentlichen den politischen Kreisen entsprachen, hatten die Kreisbauernschaften größere Gebiete zu betreuen.

Nach 1945 wurden wieder Landwirtschaftskammern ins Leben gerufen, für den hessischen Teil die Land- und Forstwirtschaftskammer in Frankfurt/M. und für den rheinland-pfälzischen Teil die Landwirtschaftskammer Rheinland-Nassau in Koblenz. Um 1970 kam es in beiden Bundesländern zu einer Umorganisation: Hessen löste die Landwirtschaftskammern auf und übertrug die Aufgaben auf eine staatliche Landwirtschaftsverwaltung, während Rheinland-Pfalz alle Kammern in einer landeseinheitlichen Landwirtschaftskammer in Bad Kreuznach zusammenfaßte.

Für die Beratung sind Dienststellen in Montabaur, Katzenelnbogen, Limburg, Gießen, Usingen und Wiesbaden zuständig (Landwirtschaftsschulen nur in Limburg und Gießen). Auf dem Gebiet der Flurbereinigungsverwaltung gab es ebenfalls Umorganisationen. Heute ist für den rheinland-pfälzischen Teil das Kulturamt in Westerburg und für den hessischen Teil sind die Ämter für Landwirtschaft und Landentwicklung Wiesbaden, Limburg und (für das Dillgebiet) Gießen mit seiner Außenstelle Dillenburg zuständig.

Die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse übernahmen seit 1840 die Bereitstellung günstiger Mittel für die Landwirtschaft. Das Genossenschaftswesen faßte schon sehr früh Fuß. Es gab zunächst zwei Genossenschaftsverbände, die nebeneinander bestanden, aber in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts zusammenfanden. Heute ist für das gesamte ehemalige Nassau der Genossenschaftsverband Frankfurt/M. zuständig.

Zur heutigen Situation

Überbetriebliche Zusammenarbeit

An den Anfang der Darstellung wurden die Initiativen gestellt, die die Landwirtschaft unternommen hat, um sich selbst zu helfen. In Rheinland-Pfalz haben die Maschinenringe in den letzten 10 Jahren eine große Bedeutung erlangt. So hat der Ring Taunus-Westerwald 447 Mitglieder, die fast 1 Million DM Verrechnungswert im Jahr umsetzen. Die Winzer des Rheingaues haben ebenfalls einen Maschinenring ins Leben gerufen, der in Zusammenarbeit mit Lohnunternehmen Umsätze in der Größenordnung von ca. 100 000,– DM erreicht. Im Wiesbadener Raum und im Taunus existiert der Beregnungs- und Bodenverband Rhein-Main-Taunus, der die überbetriebliche Maschinenhaltung fördert. Die Umsätze betragen ca. 2,4 Mio. DM/Jahr. Im Gebiet Limburg/Weilburg besteht eine landtechnische Fördergemeinschaft, die Maschinenringe und Lohnunternehmen kooperativ zusammenfaßt. 15% der LF im Kreis Limburg/Weilburg werden davon abgedeckt.

Alle überbetrieblichen Formen der Zusammenarbeit führen zu einer erheblichen Senkung der Kosten.

Bei der Technisierung ist ein gewisser Sättigungsgrad erreicht, doch dürfte im Westerwald z. B. auf dem Gebiet der Silagebereitung noch weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Situation

Die staatlichen Förderungsmaßnahmen sind rückläufig. So werden kaum noch Aussiedlungen und Althofsanierungen durchgeführt. Lediglich Überbrückungshilfen werden in stärkerem Maße vor allem in Rheinland-Pfalz in Anspruch genommen, obwohl nicht abzusehen ist, ob in jedem Fall das Ziel erreicht wird, einen Haupterwerbsbetrieb auf Dauer zu erhalten bzw. einen NE-Betrieb in einen HE-Betrieb umzuwandeln.

Die agrarstrukturellen Vorplanungen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, vermögen oft wertvolle Hilfen für die Entscheidungen der Verwaltungen zu geben, haben aber kaum die Entwicklung als solche beeinflussen können. Auch waren die Voraussagungen oft zu sehr von Vorstellungen beeinflußt, die eine zu günstige Entwicklung voraussagten.

Die Zahl der Haupterwerbsbetriebe hat sich in den letzten Jahren laufend vermindert, doch ist diese Entwicklung fast zum Stillstand gekommen. Schwierigkeiten bereiten Investitionen, vor allem in rindviehhaltenden Betrie-

ben, da die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betriebe erreicht ist. In den Futterbaubetrieben bestehen erhebliche Probleme, da man kaum einen freien Tag im Jahr hat. So erhebt sich die Frage, ob die nächste Generation gewillt ist, diese Belastung weiterhin auf sich zu nehmen.

Größere Betriebe mit Veredlungswirtschaft haben im Westerwald Flächen gepachtet, um für die Verwertung ihrer Gülle entsprechende Flächennachweisen zu können. Doch ist von diesen Betrieben keinerlei Aktivierung der Bodennutzung zu erwarten. Auch werben milchkuhhaltende Betriebe der Beckenlandschaften Heu im Westerwald.

Hobbylandwirte, die Schafe und Damwild halten, sind im Westerwald und im Taunus vorhanden. Weitere Anträge auf Wildtierhaltung werden immer noch gestellt.

Eine Ausdehnung der Rindviehhaltung je Betrieb ist nicht zu erwarten. Da weitere Betriebe diesen Betriebszweig aufgeben werden, ist mit einem Rückgang der Milchviehbestände zu rechnen. Doch bestehen noch Reserven bezüglich der Milchleistung, die teilweise bis zu 1000 kg je Tier gesteigert werden könnte. Die Schweinbestände werden teilweise noch aufgestockt, doch ist die Neigung, neue Bestände aufzubauen, gering. Dies hängt auch zum Teil mit der ungünstigen Vermarktungsstruktur zusammen.

Die zukünftige Entwicklung

Die Entwicklung innerhalb der Betriebsgrößen ist sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im hessischen Teil des ehemaligen Herzogtums Nassau zu einem gewissen Abschluß gekommen. Betriebsaufstockungen sind nicht mehr in dem Maße möglich und die Vermehrung der Viehbestände stößt auf zunehmende Schwierigkeiten. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in den 60er Jahren, die einen beachtlichen Umfang angenommen hatte, hat sich verlangsamt, zumal auch in unserem Gebiet keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Steigerung der Betriebseinkommen über die Ausdehnung der Produktionskapazitäten ist kaum noch möglich. Es sind daher aus dieser Situation heraus Fragen an die Agrarpolitik zu stellen, wie die künftige Entwicklung der Landwirtschaft planvoll gestaltet werden soll.

Prognosen sind daher schwierig, doch wird wohl auch im Jahr 2000 und darüber hinaus noch Landwirtschaft in Nassau betrieben werden in welcher Form auch immer.

Schriftenverzeichnis

ANDRES, WOLFGANG (1967): Morphologische Untersuchungen im Limburger Becken und in der Idsteiner Senke. – Rhein-Main. Forsch., **61**: 88 S., 38 Abb., 2 Tab., 1 Kt.; Frankfurt a. M.

FRICKE, WERNER (1959): Sozialfaktoren in der Agrarlandschaft des Limburger Beckens. – Rhein-Main. Forsch., **48**: 158 S., 12 Abb., 16 Kt.; Frankfurt a. M.

GRIES, HARTMUT (1969): Winzer und Ackerbauern am oberen Mittelrhein. Ein agrargeographischer Beitrag zur Landeskunde der Mittel-Rheinlande. – Rhein-Main. Forsch., **69**: 323 S., 36 Abb., 88 Tab.; Frankfurt a. M.

HÄBEL, HANS JOACHIM (1980): Die Kulturlandschaft auf der Basaltfläche des Westerwaldes vom 16. bis 19. Jahrhundert; Wiesbaden (Verlag histor. Komm. f. Nassau).

KALTENHÄUSER, JOSEF (1955): Taunusrandstädte im Frankfurter Raum. – Rhein-Main. Forsch., **43**: 339 S., 47 Abb., 6 Tab., 4 Kt.; Frankfurt a. M.

KRÖCKER, URSEL (1952): Die sozialgeographische Entwicklung der fünf Feldbergdörfer im Taunus in den letzten 150 Jahren. – Rhein-Main. Forsch., **37**: 83 S., 11 Abb.; Frankfurt a. M.

KULS, WOLFGANG (1951): Wirtschaftsflächen und Feldsysteme im westlichen Hintertaunus. – Rhein-Main. Forsch., **30**: 85 S., 2 Tab., 23 Kt.; Frankfurt a. M.

MÜLLER, KARL-HEINZ (1966): Preußischer Adler und Hessischer Löwe. – 430 S., 40 Abb.; Wiesbaden (Verlag Kultur u. Wissen).

WAGNER, JOSEPH (1946): Die Bodennutzungsformen im Limburger Becken und Goldenen Grund. Diplom-Arbeit, Univ. Gießen.

WINTERWERBER, PAUL (1955): Die geschichtliche Entwicklung der Flurverfassung und der Grundbesitzverhältnisse im Kreis St. Goarshausen. Diss. Hohenheim.